

2. Politische Kommunikation als Forschungsgegenstand: Definition und Dimensionen

Politik und Kommunikation sind keine Begriffe, die Nischen der Wissenschaft vorenthalten sind, es sind Worte des täglichen Gebrauchs. Man findet Politikberater, gar Kommunikationstrainer, wundert sich über den Politikbetrieb in Berlin, liest über gewaltfreie Kommunikation und verfolgt Polit-Talkshows im Fernsehen. Umso wichtiger ist es, die Begrifflichkeiten der vorliegenden Studie zu definieren, einerseits um als Forscherin stets den zu untersuchenden Gegenstand genau im Blick zu behalten, andererseits um sich mit dem Leser oder der Leserin der Studie auf einer gemeinsamen Basis zu verständigen. Die Definition zentraler Begriffe kann an dieser Stelle weder abschließend noch entsprechend umfangreich erfolgen. Dazu sind sie zu komplex. Es bedarf also eines geeigneten Bezugsrahmens, innerhalb dessen sich auf eine Definition geeinigt werden kann. Die folgenden Begriffe werden deshalb im Hinblick auf das Forschungsfeld *Politische Kommunikation* definiert. Des Weiteren kann bereits eine erste Einordnung der Studie in theoretische Teilbereiche erfolgen.

Folgt man dem ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, besteht Politik aus „Sache, Kopf, Bauch“⁴⁴. Als wissenschaftliche Definition ist dieser Ansatz freilich unbrauchbar, obwohl er Komplexität erwarten lässt. Die wissenschaftliche Betrachtung von Politik erfolgt aus verschiedenen Perspektiven und ändert sich stets im Laufe der Zeit, indem sie sich an aktuelle Entwicklungen und den gesellschaftlichen Wandel anpasst. Für diese Arbeit wird der in der Politikwissenschaft gängige Ansatz einer konzeptionellen Untergliederung von Politik in *polity*, *politics* und *policy* gewählt. Jarren/Donges (2011) erläutern die Dimensionen von Politik im Hinblick auf politische Kommunikation wie folgt:

„*Polity* bezeichnet die *formale Dimension oder den Rahmen* von Politik, ihr Institutionen- und Normengefüge. Für die politische Kommunikation besonders relevant sind die Normen, die sich auf die Kommunikationsverfassung einer Gesellschaft beziehen (z. B. Meinungs- und Medienfreiheit).

4 Gerwien, Tilman: „Kalt, Kälter, Koch“, in: Stern vom 15. Januar 2009

Politics meint die *verfahrensmäßige Dimension oder den Prozess*. Diese Dimension zielt also vor allem auf die Frage, wie einzelne Akteure (wie Parteien, Interessengruppen etc.) politische Interessen durchzusetzen versuchen. Bei der Analyse werden vor allem Machtverhältnisse, Akteurskonstellationen und Konflikte betrachtet. Für die politische Kommunikation ist relevant zu fragen, wie es beispielsweise um die kommunikative Kompetenz unterschiedlicher Akteure bestellt ist und ob es Unterschiede hinsichtlich der Möglichkeiten eines Medienzugangs gibt.

Policy schließlich bezeichnet die *Inhalte* von Politik, die Verarbeitung gesellschaftlicher Probleme und fokussiert, wie Probleme in konkreten Politikfeldern (z. B. Innenpolitik, Sozialpolitik etc.) angegangen werden. Für die Analyse politischer Kommunikation ist hier relevant, wie Probleme und Themen in einzelnen Politikfeldern von den Medien dargestellt und verarbeitet werden können.“ (S. 17; Hervorhebungen im Original)

Jarren/Donges (2011) weisen darauf hin, dass es in der Praxis nicht immer möglich ist, die genannten Dimensionen voneinander zu trennen, da sie sich gegenseitig ergänzen oder gar bedingen können. In diesem Zusammenhang muss außerdem der Begriff des politischen Systems geklärt werden: Er beschreibt das Handlungssystem, „dessen Funktion in der Formulierung und Artikulation politischer Interessen, ihrer Aggregation zu entscheidbaren Programmen, sowie der Durchsetzung und Legitimierung politischer Entscheidungen liegt“. (S. 61) Die Kategorie des Öffentlichen tritt bei von Alemann (1994) gleichberechtigt neben Schlüsselbegriffe der Politikdefinition und prägt entsprechend die drei Dimensionen der Politik (*polity*, *politics* und *policy*): „Politik ist öffentlicher Konflikt von Interessen unter den Bedingungen von öffentlichem Machtgebrauch und Konsensbedarf.“ (S. 135)

Die vorliegende Untersuchung ordnet sich in die *Politics*-Dimension ein und versteht Politik als Prozess. Im Zentrum der Analyse stehen entsprechend das Verhalten der beteiligten Akteure, ihr (politischer) Einfluss, ihre Konflikte, Handlungen, Entscheidungen und ihre potentielle Macht beim Durchsetzen ihrer Interessen. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei auch die Analyse der individuellen bzw. interpersonalen Kommunikation. Die Untersuchung des institutionellen Rahmens, in dem die Akteure im Fall Brender handelten, ist in der *Polity*-Dimension angesiedelt.

Die sozialwissenschaftliche Betrachtung eines Problems lässt immer mindestens zwei Perspektiven zu: auf das handelnde Individuum und auf die gesellschaftlichen Strukturen, in denen interagiert wird. Die dort stattfindenden sozialen Phänomene erlauben verschiedene Herangehensweisen auf verschiedenen Ebenen der sozialen Wirklichkeit: ausgehend von Individuen über wenige Handelnde bis hin zu größeren Gruppen, Organisationen, gesellschaftlichen Teilbereichen oder der Gesellschaft als Ganzes. Dieser „Dualismus aus Handlungs- und Strukturtheorien“ (Jarren/Donges 2011: 32) ist für die Sozialwissenschaften grundlegend. Politische Kommunikation kann auf der Mikro-, der Meso- und der

Makroebene analytisch und differenziert betrachtet werden, welche Jarren/Donges (2006) wie folgt beschreiben:

„Die Mikroebene bezeichnet die soziale Handlungsebene von Individuen und sozialen Gruppen oder Kollektiven ohne eigenen Akteurstatus, wie bspw. Jugendliche oder Arbeitslose. Analyseeinheiten sind hier Individuen und ihre politischen Einstellungen, Werthaltungen, das Kommunikations-, Medien- oder Wahlverhalten etc. Die Mikroebene ist am ehesten empirisch zugänglich, bspw. in Form von Befragungen.“ (S. 22)

„Die Mesoebene bezeichnet die Handlungsebene von Organisationen und Institutionen. Analyseeinheiten sind hier die Handlungen einzelner Organisationen als kollektive oder korporative Akteure. Organisationen sind das Ergebnis sozialer Handlungen von Individuen oder anderer Organisation; sie sind in der Regel auf eine relative Dauer gestellt und weisen spezifische Regeln oder gar eine eigene soziale Ordnung auf. Der empirische Zugang zur Mesoebene gestaltet sich bereits schwieriger, da Organisationen nur mittels Befragung ihrer Repräsentanten, z. B. Sprechern von Parteien, oder durch Beobachtung erfasst werden können.“ (ebd.)

„Die Makroebene bezeichnet die gesamtgesellschaftliche Ebene. Ziel der wissenschaftlichen Betrachtung ist die Bildung von Theorien, mit denen soziale Zusammenhänge beschrieben, in ihren Ursachen begründet oder prognostiziert werden sollen. Da die Gesamtgesellschaft nur partiell empirisch-analytisch erfasst werden kann, werden für die Analyse auch nur teilweise empirische Erhebungen durchgeführt.“ (ebd.)

Die vorliegende Studie untersucht auf der Mikroebene das Kommunikationsverhalten der Entscheider im Fall Brender und auf der Mesoebene das institutionelle Rahmengefüge, in dem sie sich in Akteurskonstellationen bewegen.

Akteure sind sozial Handelnde, deren Handeln oder Nicht-Handeln einen subjektiven Sinn erfüllt, aufgrund dessen sich dieses Handeln von reinem Verhalten unterscheidet. Es handelt sich um Personen (individuelle Akteure) oder Personengruppen bzw. Kollektive (komplexe Akteure), die die Interessen von sozialen Gruppen oder Organisationen stellvertretend verfolgen. Bei komplexen Akteuren kann noch einmal eine Unterscheidung in *kollektive* und *korporative* Akteure vorgenommen werden, die sich durch den Grad ihrer formalen Organisation und der Abhängigkeit von ihren Mitgliedern unterscheiden (kollektive Akteure / geringer Organisationsgrad / hohe Abhängigkeit von Mitgliedern, zum Beispiel Verbände; korporative Akteure / hoher Organisationsgrad / geringe Abhängigkeit von Mitgliedern, zum Beispiel Ministerien). (S. 56)

Jarren/Donges (2006) definieren als zentrale Merkmale von Akteuren:

1. Ein Akteur hat Interessen und er verfolgt Ziele.
2. Ein Akteur hat Orientierungen (Wertorientierungen, kognitive Muster etc.).
3. Ein Akteur verfügt über Ressourcen, um seine Ziele verfolgen zu können (Mitglieder, Unterstützer, Geld, Personal, Einfluss, Macht etc.).

4. Ein Akteur verfügt über eine Strategie, die es ihm ermöglicht, Mittel und Ziele miteinander zu kombinieren.
5. Ein Akteur versteht sich selbst als Akteur und wird von anderen als solcher erkannt.“ (S. 55)

Komplexe Akteure bestehen immer aus individuellen Akteuren, jedoch kann nicht jede Gruppe aus Individuen als komplexer Akteur angesehen werden. Ein Beispiel ist das Publikum, welches zwar als Kollektiv, jedoch nicht als Akteur verstanden werden kann, obwohl einige oben genannte Merkmale zutreffen. Dem Publikum fehlt die Fähigkeit, strategisch kollektiv zu handeln. Die Eigenschaft der Handlungsfähigkeit nimmt eine besondere Stellung ein, denn sie ist für komplexe Akteure konstitutiv: „Erst die Handlungsfähigkeit macht aus einem sozialen Kollektiv oder einer Gruppe einen Akteur.“ (ebd.) Weitere Fähigkeiten von Akteuren sind Organisationsfähigkeit, Kooperations- und Konfliktfähigkeit und Strategiefähigkeit. (ebd.)

Politische Kommunikation ist nicht greifbar, zudem hochkomplex. Das macht es der Wissenschaft nicht gerade leicht, einen Zugang zu diesem Forschungsgegenstand zu finden, gar einen einheitlichen Begriff zur Definition zu bestimmen. Er existiert bis dato nicht, dennoch ist das Interesse der Wissenschaft an der Forschung zu politischer Kommunikation wachsend und zwar nicht nur der Politikwissenschaft. Mit politischer Kommunikation beschäftigen sich unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen, die sich jeweils ihrer fachspezifischen Betrachtungsweisen und Theorien bedienen. Politische Kommunikation ist aber kein rein wissenschaftliches Betätigungsfeld, sondern hält darüber hinaus Einzug in den gesellschaftlichen Diskurs, wenn Erklärungsmuster für politisches Handeln im Wechselspiel mit medialer Öffentlichkeit gesucht, die Begrifflichkeiten hier jedoch zumeist „metaphorisch“ gebraucht werden. (Sarcinelli 2011: 17) Eine „verbindliche Systematik, mit der politische Kommunikation als komplexes Forschungsfeld angegangen werden könnte“ (Jarren/Donges 2006: 20), gibt es demnach nicht. „Politische Kommunikation präsentiert sich vielmehr als unklar definierter wissenschaftlicher Gegenstand mit unterschiedlichen Forschungsbefunden und -ansätzen.“ (ebd.) Auch Saxer (1998) bemerkt, dass „von einem einvernehmlich und klar definierten wissenschaftlichen Gegenstand keine Rede sein kann“. (S. 21; im Original kursiv) Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf die Beiträge, die die Sozialwissenschaften zur Erforschung von politischer Kommunikation leisten.

Saxer (1998) geht sogar noch weiter und lässt Zweifel an der Relevanz des Forschungsgegenstands „Politische Kommunikation“ aufkommen, indem er betont, dass die bis dato vorliegenden empirischen Ergebnisse den Einfluss von Kommunikation auf politische Gestaltungsprozesse lediglich teilweise bestätigen, Kommunikation aber keine Bedingung für konkrete Politik zu sein scheint.

Schuld daran sei die Interpretation „symbolischer Politik in Informationsgesellschaften“ als „Entsubstanzialisierung von Politik“, die dazu führe, dass „der Stellenwert von Kommunikation bei der Generierung allgemein verbindlicher Entscheidungen relativiert“ wird. (S. 22-23) Dieser Umstand und die vielfältigen und unscharfen Eigenschaften von Kommunikation an sich machen es besonders schwierig, politische Kommunikation als Gegenstand der Forschung zu akzeptieren und ihre Wirkungen zu verifizieren. Hierin liegt aber auch der Grund, der die Forschung zu politischer Kommunikation beflügelt. Aus der Heterogenität der Thematik und der scheinbaren Unzugänglichkeit zum Forschungsfeld entsteht ein enormer „Bedarf nach Erfassung und Systematisierung des state of the art in diesem Bereich“ (S. 23), da politischer Kommunikation in modernen Gesellschaften zunehmend Bedeutung zugeschrieben wird, die sogar über die klassischen Interaktionsfelder von Politik und Medien hinausgeht. Ein berechtigter Zweifel an der Relevanz des Forschungsgegenstands „Politische Kommunikation“ ist nicht haltbar, was Saxer ebenfalls relativiert und im Folgenden den Versuch unternimmt, den Forschungsgegenstand sinnvoll zu begrenzen. (vgl. dazu Saxer 1998: 23; 24ff)

Jarren/Donges (2011) kommen zu dem Schluss, dass die „Abgrenzung des Forschungsgegenstandes politische Kommunikation selbst eine politische Frage“ ist. (S. 16) Zudem ist die Analyse stark akteursorientiert. Das Handbuch „Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft“ (Jarren/Sarcinelli/Saxer 1998) kann als guter Überblick über politische Kommunikationsforschung empfohlen werden, auf dessen Einordnung auch die für diese Arbeit ausgewählte Theorie basiert.

Um den Begriff politische Kommunikation für die vorliegende Studie zu differenzieren, muss vorausgeschickt werden, dass die Wissenschaften aufgrund verschiedener Zugänge zum Forschungsgegenstand – geprägt durch unterschiedliche Auffassungen über Politik und politische Systeme, auch in Anbetracht gesellschaftlicher, politischer und historischer Ereignisse und Kulturen einer Zeitperiode – in der Auffassung, was politische Kommunikation ist, zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Politische Kommunikation wird sowohl als Prozess als auch als Raum betrachtet. Nach Perloff (1998) ist politische Kommunikation „the process by which a nation’s leadership, media and citizenry exchange and confer meaning upon messages that relate to the conduct of public policy“. (S. 8; auch zitiert in Jarren/Donges 2006: 20) Als am Prozess politischer Kommunikation beteiligte Akteursgruppen nennt Perloff (1998) a) die politische Führung, b) die Medien und c) die Bevölkerung. Unter den drei Gruppen werden nach Perloffs Auffassung Mitteilungen mit Bezug zum politischen Prozess und zur Regierung ausgetauscht und interpretiert. (vgl. dazu Perloff 1998; Jarren/Donges 2006: 20) Zu einem anderen Schluss laut Jarren/Donges (2006) kommt

Wolton (1990), der politische Kommunikation als Raum betrachtet, „[...] in which contradictory discourse is exchanged between three actors with the legitimate right to express themselves in public on politics, namely politicians, journalists and public opinion by means of opinion polls“ (S. 12; zitiert in Jarren/Donges 2006: 21) Diesem Verständnis zufolge, nach dem lediglich durch Umfragen untermauerte Äußerungen der Bevölkerung zu politischer Kommunikation gehören, fungiert der Raum der politischen Kommunikation, in Abgrenzung zur „politischen Debatte“ und zur „öffentlichen Arena“, als „Scharnier zwischen dem Kommunikationsraum der politischen Akteure untereinander und dem breiten Raum einer allgemeinen Öffentlichkeit“. (Jarren/Donges 2006: 21) Beide Definitionen trennen die politische Kommunikation von dem politischen Prozess bzw. Raum. Grund hierfür ist die Annahme, dass politischer Prozess, sprich die Herstellung von Politik, und politische Kommunikation, sprich die Darstellung von Politik, analytisch voneinander zu trennen sind. Unbestritten ist jedoch, dass dieses Modell einen Idealtypus darstellt, welches in der Realität nicht bestehen kann. Auch Sarcinelli (2011) bestreitet dies nicht, bekräftigt aber diese Unterscheidung zwischen medial vermittelter Politik und politischen Entscheidungsprozessen aus analytischen Gründen und hält sie aus demokratietheoretischer Perspektive für sinnvoll, da die Massenmedien in einer Demokratie als „Politikvermittlungsinstanz par excellence“ fungieren und eine öffentliche Plattform schaffen, auf der Politik und Gesellschaft sich durch gegenseitige Beobachtung kontrollieren, interagieren und aufeinander reagieren können⁵. (S. 120) Er beschreibt in diesem Zusammenhang die „These von der sich öffnenden Schere als Legitimationsfalle“: „Zwischen der Herstellung von Politik im Entscheidungsprozess und der Politikdarstellung im Vermittlungsprozess bestehe eine immer größer werdende Kluft, öffne sich eine Schere, die für das demokratische System eine Art Legitimationsfalle darstellt.“ (Sarcinelli 1994: 36; Sarcinelli 2011: 121). Und er merkt an, dass es „kein Patentrezept“ geben wird und geben kann, „mit dem die vielbeklagte ‚Kluft‘ zwischen *Herstellung* und *Darstellung* geschlossen wird“. (Sarcinelli 1994: 47; Hervorhebungen im Original)

Jarren/Donges (2011) folgen dieser Argumentation nicht. Sie betrachten die Darstellung von Politik als integralen Bestandteil des politischen Prozesses. Politik und politische Kommunikation, so die Autoren weiter, stehen in unmittelbarer Nähe zueinander und sind deshalb nicht voneinander zu trennen. Sie kommen zu folgender Feststellung: „Definiert man Politik als die sozialen Interaktionen, die auf die Selektion, Durchführung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen ausgerichtet sind, so sind Politik und politische Kommunikation untrennbar miteinander verbunden.“ Politische Kommunikation sei

5 Zur Vertiefung Luhmann (2004). Stichworte: „Aufmerksamkeitsregeln zur Steuerung des medialen Prozesses“, „Entscheidungsregeln zur Steuerung des politischen Prozesses“.

damit nicht nur Mittel der Politik, sondern selbst auch Politik. (S. 21; vgl. auch Saxer 1998: 25)

Den Rückschluss anderer Autoren, wie beispielsweise Saxer (1998), Definitionsversuche politischer Kommunikation seien aufgrund dieser Nähe nicht möglich, gar grenzenlos oder hyperkomplex, lassen Jarren/Donges (2011) jedoch nicht zu. Saxer (1998) argumentiert, dass die in politischer Kommunikation enthaltenen Teilelemente „Politik“ und „Kommunikation“ allein bereits gesellschaftliche Systeme abbilden beziehungsweise „Totalphänomene“ bezeichnen, die unbegrenzte Betrachtungsweisen zulassen. Dementsprechend kann politische Kommunikation, die aus der Schnittmenge beider Phänomene besteht, nicht eindeutig bestimmt werden. (S. 21; 26ff) Auch Jarren/Sarcinelli (1998) bestätigen die Probleme, die mit der Erforschung politischer Kommunikation einhergehen:

„Divergierende normative Anforderungen, spezifische theoretische Ausgangspunkte, unterschiedlichste Untersuchungsgegenstände, fachsystematische Routinen und Methoden sowie abweichende empirische Befunde – das Untersuchungsfeld ‚Politische Kommunikation‘ lässt sich trotz des größer werdenden Forschungsinteresses in den Disziplinen und einer steigenden Zahl an Studien noch nicht zufriedenstellend beschreiben.“ (S. 13)

Jarren/Donges (2011) betrachten in einem eigenen theoretischen Ansatz politische und mediale Akteure und versuchen eine Anknüpfung an soziale und gesellschaftliche Entwicklungen. Zentral ist die Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen:

„Politische Kommunikation ist der zentrale Mechanismus bei der Formulierung und Artikulation politischer Interessen, ihrer Aggregation zu entscheidbaren Programmen, sowie zur Durchsetzung und Legitimierung politischer Entscheidungen.“ (S. 21)

Im nächsten Kapitel wird die Studie zunächst demokratie- und kommunikationstheoretisch fundiert. Kommunikation und Massenkommunikation und ihre Funktionen in der Mediengesellschaft werden definiert, Legitimität und politische Kommunikation in den Zusammenhang gesetzt, und schließlich wird das Verhältnis von Öffentlichkeit und Vertraulichkeit im kooperativen Staat beschrieben, um sich Informalität als Aspekt politischer Kommunikation zu nähern.



<http://www.springer.com/978-3-658-13278-1>

Informelle politische Kommunikation
Eine Rekonstruktion des Falls Nikolaus Brender
Wagner, I.
2016, XIII, 260 S. 8 Abb. in Farbe., Softcover
ISBN: 978-3-658-13278-1